

Textliche Festsetzungen

I. Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 BauGB bzw. nach BauNVO

1. Zulässige Nutzungen im Allgemeinen Wohngebiet

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO

Abweichungen von den Festsetzungen zur Lärmvorsorge sind mit entsprechendem Die in § 4 Abs. 3 Nrn. 3 bis 5 BauNVO aufgeführten, ausnahmsweise im Allgemeinen schalltechnischen Einzelnachweis über gesunde Wohn- und Aufenthaltsbereiche zulässig. Wohngebiet zulässigen Nutzungen (Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen.

2. Zulässigkeit von überdachten Stellplätzen (Carports) und Garagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 u. § 23 Abs. 5 BauNVO

Überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen haben auf der Zufahrtseite einen Das Plangebiet liegt im Übergangsbereich vom Außenbereich zur geschlossenen Wohnbebauung und ist durch erhöhte Geruchsimmissionen vorgeprägt. Die mit dem Mindestabstand von mindestens 5,00 Metern zu der in der Plandarstellung festgesetzten, erschließenden öffentlichen Straßenverkehrsfläche einzuhalten. Sie sind zudem nur im bis zur Bebauungsplan vorgesehene Bebauung ist zur Vermeidung von erheblichen Geruchsbeeinträchtigungen auf die geplanten Nutzungen erst zulässig nach Umrüstung der im Bebauungsplan dargestellten, für das Baugrundstück maßgeblichen, rückwärtigen südlich benachbarten Hofstelle (Gemarkung Rheine r.d.E., Flur 35, Flurstück 234) und dem Vorliegen eines diesbezüglichen, fachgutachterlichen Nachweises zur Erreichung vertretbarer

3. Überschreitungsmöglichkeiten der GRZ durch Anlagen gem. § 19 Abs. 4 Satz 1 gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO

Für die im Geltungsbereich des Plangebietes geplanten Nutzungen werden gemäß GIRL* und Die zulässige Grundfläche (GRZ = 0,4) darf durch die Grundflächen der in § 19 Abs. 4 Satz 1 in der Abwägung aller Belange für das Plangebiet relative Geruchsstundenhäufigkeiten bis zu 15% der Jahresstunden (Immissionswert 0,15) aufgrund der Ortsüblichkeit und Vorprägung BauNVO bezeichneten Anlagen um bis zu maximal 50 % überschritten werden, sofern dabei nur geringfügige Auswirkungen auf die natürlichen Funktionen des Bodens zu erwarten sind durch die benachbarte Landwirtschaft als hinnehmbar und vertretbar angesehen. und mindestens die Hälfte der überschreitenden Anlagen (z.B. Wege, Stellplätze und Zufahrten) Im Bereich des Plangebietes werden nach der geplanten Umrüstung der südlich benachbarten versickerungsfähig ausgeführt werden (s. auch unten unter Hinweise - Versickerungspflicht). Zu Hofstelle, die ihre Abluft zukünftig komplett filtern möchte, zur Ist-Situation reduzierte den versickerungsfähigen Befestigungen gehören z.B. Rasenkammersteine, Schotterrasen, Geruchsimmissionen mit einer Gesamtbelastung zwischen 7% und 13% relativer Rasenfugenpflaster oder Porenpflaster. Eine Minimierung der versiegelten Fläche ist auch Geruchsstundenhäufigkeit der Jahresstunden prognostiziert (Geruchstechnischer Bericht ZECH durch Anlage von schmalen Fahrspuren mit begrünten Zwischenstreifen möglich. v. 16.09.2016).

4. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB

Zum Schutz der geplanten Wohnbebauung und der Gemeinbedarfsfläche ist, anschließend an eine Wall-Wand-Konstruktion westlich der Stellplatzanlage der Feuerwehr, die Errichtung der in der Planzeichnung verorteten Lärmschutzwand mit einer Höhe von h=2.5 m über Grund erforderlich. Die Lärmschutzwand muss ein Flächengewicht von mindestens 10 kg/m² aufweisen und sie muss ohne akustische Fugen eingebaut werden.

4.2 Schallschutz von Wohn- und Aufenthaltsräumen im Sinne der DIN 4109

In den gekennzeichneten Lärmpegelbereichen III bis V sind für Neubauten bzw baugenehmigungspflichtige Änderungen von Wohn- und Aufenthaltsräumen im Sinne der DIN 4109 die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf. R'W,res) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer, etc.) einzuhalten.

elbereich III	
tsräume in Wohnungen u.ä.:	erf. R' _{W,res} = 35 dB
e u.ä.:	erf. R' _{W,res} = 30 dB
elbereich IV	
tsräume in Wohnungen u.ä.:	erf. R' _{W,res} = 40 dB

Aufenthaltsräume in Wohnungen u.ä.

erf. R'_{W,res} = 45 dB erf. R'_{Wres} = 40 dB

erf. R'_{W res} = 35 dB

Im entsprechend gekennzeichneten Bereich sind zur Lärmvorsorge beim Neubau bzw. baugenehmigungspflichtigen Änderungen im Zusammenhang mit Fenstern von überwiegend zum Schlafen genutzten Räumen schallgedämpfte Lüftungssysteme vorzusehen. Diese dürfen die Gesamtschalldämmung der Außenfassaden nicht verschlechtern.

In den zur Lärmvorsorge gekennzeichneten Teilbereichen im Nahbereich der Feuer- und Rettungswache ist zur Einhaltung der schalltechnischen Orientierungswerte nachts [40 dB (A)] die Anordnung von zu öffnenden Fenstern bei schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen im Obergeschoss nur auf den der Feuer- und Rettungswache vollständig abgewandten Fassadenseiten (Ausrichtung nach Norden) zulässig. Im Erdgeschoss gilt diese Beschränkung nur in einem hierfür in der Planzeichnung dargestellten sehr kleinteiligen Überschreitungsbereich. Zu den schützenwerten Aufenthaltsräumen im Sinne der DIN 4109 zählen Wohnräume, einschließlich Wohndielen, Schlafräume, Unterrichtsräume, Büro-, Arbeits-

4.3 Schallschutz für die typischen Aufenthaltsbereiche im Freien [Terrassen, Balkone

In den entsprechenden mit Außenwohnbereichseinschränkungen gekennzeichneten Bereichen ist - zur Einhaltung der schalltechnisch maßgeblichen Orientierungswerte - die Anordnung der in der Planzeichnung näher bestimmten Außenwohnbereiche nur nach Westen, d.h. auf der vollständig zum maßgeblichen Verkehrslärm abgewandten Fassadenseite, zulässig. Ausnahmsweise kann hiervon abgewichen werden, sofern durch die Bauherren bei Anordnung von geeigneten Lärmschutzwänden oder Nebengebäuden im Nahbereich ein ausreichender

Schallschutz gewährleistet wird. Es ist sicherzustellen, dass die Schallabschirmung für die zu Grundsätzlich ist der Grundstückseigentümer gegenüber der Stadt Rheine hinsichtlich der schützenden Außenwohnbereiche eine Minderung um das Maß der Überschreitung des Entwässerung nachweispflichtig. Um einen ausreichenden Abstand zwischen der Sohle der

Muldenversickerungsanlage und dem mittleren höchsten Grundwasserstand zu erreichen, kann es gemäß dem vorliegenden Bodengutachten in Teilen des Plangebietes erforderlich sein, das Verfahrensvermerke Gelände geringfügig (ca. 30 cm) aufzufüllen. Die Technischen Betriebe der Stadt Rheine können nähere Auskünfte zu den diesbezüglichen Anforderungen erteilen. Für Zufahrten und Für die städtebauliche Planung Wege sollten versickerungsfähige Befestigungen z.B. Schotterrasen, Rasenkammersteine, Rheine, 26.09.2017 Rasenfugenpflaster oder Porenpflaster eingebaut werden. Um die versiegelte Fläche auf den Baugrundstücken gering zu halten werden schmale Fahrspuren mit begrünten Zwischenstreifen

In Teilen des Plangebietes kann es zeitweise zu ortsüblichen, aber abweichend von den Orientierungswerten der Geruchsimmissionsrichtlinie erhöhten Geruchsimmissionen kommen. Zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen wurde eine geruchsgutachterliche Untersuchung beauftragt. Auf die in der Festsetzung II. 1 getroffene vorbeugende Festsetzung und die Ausführungen zur Geruchssituation im vorliegenden Geruchsgutachten wird

Für die im Geltungsbereich des Plangebietes geplanten Nutzungen werden gemäß GIRL* und in der Abwägung aller Belange entsprechend der planerischen Absicht für das Plangebie relative Geruchsstundenhäufigkeiten bis zu 15% der Jahresstunden (Immissionswert 0.15) aufgrund der Ortsüblichkeit und Vorprägung durch die benachbarte Landwirtschaft als hinnehmbar und vertretbar angesehen.

Der Stadt Rheine sind keine Kampfmittelvorkommen im Plangebiet oder im direkten Umfeld bekannt. Da ein Kampfmittelvorkommen (z.B. Bomben, Granaten, Munition, usw.) niemals völlig ausgeschlossen werden kann, sind bei Verdachtsmomenten (z.B. ungewöhnliche Verfärbung Rheine, 26,09,2017 verdächtige Obiekte im Boden) die Erd- und Bauarbeiten sofort einzustellen und ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Staatliche Kampfmittelräumdienst als zuständige Stelle zu benachrichtigen.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Einen Sonderfall bildet der in der Planzeichnung gekennzeichnete, südöstlich gelegene, Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen äußerste Randbereich im Nahbereich des geplanten Biofilters der südlich benachbarten Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Unteren Hofstelle. Hier ist mit 19 % Jahresgeruchsstunden zu rechnen, so dass hier zur Vermeidung Denkmalbehörde und der LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster (Tel. 0251/591 erheblicher Geruchsbeeinträchtigungen lediglich Nutzungen ohne dauerhaften Aufenthalt 8911) unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 und 16 DSchG).

Boden- und Grundwasserschutz

Zur Vermeidung einer Verschmutzung von Boden und Grundwasser z.B. durch Leckagen oder Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen (Chemikalien, Mineralölprodukte etc.) sind alle Baumaßnahmen mit der notwendigen Sorgfaltspflicht durchzuführen, zum allgemeinen Bodenschutz sind während der Baumaßnahme die einschlägigen Vorschriften (u.a. LBodSchG, § 202 BauGB, DIN 19731 u. 18915) zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere auch aus Sicht des Grundwasserschutzes.

Besondere Rücksichtnahme zur Brutzeit

Planungsrelevante Arten wurden nicht festgestellt und werden für das Plangebiet nicht erwartet. Davon unabhängig sollte, sofern bautechnisch möglich, ein Baubeginn außerhalb des Zeitraums von Anfang März bis August erfolgen. Eine direkte oder mittelbare Tötung (z.B. bei Aufgabe eines Nistplatzes mit Gelege oder Jungtieren in direkter Nachbarschaft) von nicht planungsrelevanten, aber besonders geschützten, europäischen Vogelarten infolge baubedingter Störungen soll so vermieden werden. Auf die Notwendigkeit zur Beachtung artenschutzrechtlicher Belange wird hingewiesen. Informationen erhalten Sie bei der Stadt Rheine - Fachbereich Planen und Bauen, Bereich Umwelt und Klimaschutz. Im Zweifelsfall wird eine ökologische Baubegleitung empfohlen.

l. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekannt-machung vom 23.

Planzeichenverordnung (PlanZV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. De-

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Be-

5. Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der

des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung

Januar 1990 (BGBl. I S. 132), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gelten-

zember 1990 (BGBI, I 1991 S. 58), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gel-

kanntmachung vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1162), in der zum Zeitpunkt

Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zum Zeitpunkt des

Rechtsgrundlagen

Der Bebauungsplan wurde auf einer grafischen Datenverarbeitungsanlage erstellt. Auskünfte 2. Dachform bzw. Dachneigung über die geometrisch genaue Lage der Straßenbegrenzungslinie erteilt der Fachbereich Planen Von Festsetzungen der Dachneigung ausgenommen sind die Dächer von Garagen, Carports und Bauen, Produktgruppe Vermessung. und Nebenanlagen sowie von Baukörpern, die dem Hauptbaukörper untergeordnet sind.

Gutachten, Vorschriften und Normen

1. Baukörpervorgaben und Gebäudehöhen

Technischen Betriebe Rheine AöR zu erfragen

von Außenwand und Dachhaut.

schalltechnischen Orientierungswertes von 55 dB (A) bewirkt.

II. Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 2 BauGB

möglich sind.

4.4 Abweichungen von den Festsetzungen zur Lärmvorsorge

Abluftreinigungsanlage(n) durch den Betreiber sicher zu stellen.

1. Zulässigkeitsvorbehalt zur Vermeidung erheblicher Geruchsbeeinträchtigungen

Geruchsimmissionswerte. Gleichfalls ist dabei die fortwährende Wirksamkeit der

* Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) = Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen,

- ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN -

Die im Plan festgesetzten Trauf-, First- oder Gebäudehöhen dürfen nicht überschritten werden.

Bezugspunkt ist jeweils die mittlere Höhe der den Grundstücken vorgelagerten

Erschließungsfläche, wobei die Erschließungsfläche in ihrem endausgebauten Zustand

zugrunde zu legen ist. Die entsprechend maßgeblichen Höhen der Erschließungsfläche sind bei

den für die Straßenplanung und -bau zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der

Die Traufe im Sinne dieser Festsetzung wird gebildet durch die Schnittlinie der Außenflächen

RdErl, d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V-3-8851.4.4 -

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und sonstige Normen) können bei der Stadt Rheine/Stadtplanung, Klosterstraße 14, 48431 Rheine, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Ebenfalls eingesehen werden können, die dem Bebauungsplan zugrunde liegenden Gutachter

Schalltechnischer Bericht zur Beurteilung der Verkehrslärmsituation. ZECH v. 28.09.2016 Schalltechnischer Bericht zur Beurteilung des Gewerbelärms, ZECH v. 11.11.2016 chstechnischer Bericht, ZECH v. 16.09.2016

Geotechnischer Bericht der HINZ Ingenieure GmbH, Rheine v. 27.06.2016 Nachtrag zum Geotechnischen Bericht der HINZ Ingenieure GmbH, Rheine v. 25.07.2016 - Auswertung der Ergebnisse der Verkehrszählungen aus 2016, Stadt Rheine/TBR mweltbericht inklusive artenschutzrechtlicher Prüfung, ARU v. 14.11.2016

Auf den Baugrundstücken ist die Versickerung oder Verrieselung des nicht schädlich

verunreinigten Niederschlagswassers aufgrund der örtlichen Bodenverhältnisse möglich und Satzungsbeschlusses geltenden Fassung erforderlich. Aufgrund des ermittelten Bemessungsgrundwasserstandes kommt ausschließlich Hauptsatzung der Stadt Rheine in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezemdie Versickerung in Form einer Muldenversickerung in Betracht – andere Versickerungsarten ber 1997, in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wie Rigolen- oder Schachtversickerung sind wasserrechtlich nicht zulässig.

Produktgruppe Stadtplanung

<u>gez. Dörtelmann</u> Städt. Oberbaurat

Die Planunterlagen sowie die Darstellungen und Festsetzungen entsprechen den Anforderungen der §§ 1 und 2 der Planzeichenverordnung.

Produktgruppe Vermessun

gez. Groß de Wente Städt. Vermessungsrätin

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 07.09.2016 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

> Der Bürgermeister In Vertretung

gez. Karasch

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB hat in der Zeit vom 26.09.2016 bis einschließlich 17.10.2016 stattgefunden.

Dieser Bebauungsplan hat mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine vom 30.11.2016 in der Zeit vom 29.06.2017 bis einschließlich 31.07.2017 öffentlich ausgelegen.

Rheine, 26,09,2017

Der Bürgermeister In Vertretung

gez. Karasch

gez. Reuter

Der Bürgermeister

In Vertretuna

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 1 BauGB durch den Rat der Stadt Rheine am 26.09.2017 als Satzung beschlossen worden.

Münsterländischen Volkszeitung am 12.10.2017 ortsüblich bekannt gemacht

Rheine, 26,09,2017

Der Satzungsbeschluss dieses Bebauungsplanes ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 16 der Hauptsatzung der Stadt Rheine in der

2004 (BGBL I S. 2414), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

gez. Karasch

Stadt Rheine

Bebauungsplan Nr. 334 Kennwort:

"Bergstraße - Sandkampstraße"

Maßstab: 1:1.000 Fachbereich: Planen und Bauen



